

27.06.2019

„KEIN ANLASS ZUR ENTWARNUNG VOR RECHTER GEWALT IN HESSEN“

- Fall Lübcke: Rechte Netzwerke, Mittäterschaft und Kontakte des Täters zum NSU müssen laut hessischer Beratungsstelle response in den Fokus der Ermittlungen rücken



„9 OPFER MIT MIGRATIONS-HINTERGRUND UND 438 NSU-PROZESSTAGE HABEN NICHT DEN ANLASS GEGEBEN, EINE DEBATTE UM AKTENFREIGABE ANZUSTOßEN – WEIL ES SICH UM MIGRANTISCHE OPFER GEHANDELT HAT.“

- Frankfurter Anwältin Seda Başay-Yıldız fordert uneingeschränkte Aktenfreigabe aus dem NSU-Untersuchungsausschuss und die direkte Information von Personen auf rechten „Todeslisten“ durch Sicherheitsbehörden

Nach dem Geständnis des tatverdächtigen Stefan E., den Mord am Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke begangen zu haben, fordert die hessische Beratungsstelle response für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt **Politik und Behörden dazu auf, ihren Aufklärungsversprechen Taten folgen lassen** – ganz besonders auch mit Blick auf aktive rechte Netzwerke und Verbindungen zur rechtsextremen Terrorgruppe Nationalsozialistischer Untergrund (NSU) in Hessen. „Wir sehen keinen Anlass zur Entwarnung, was das Gefahrenpotenzial gewaltbereiter Rechter in Hessen anbelangt“, sagt Olivia Sarma, Leiterin der in der Bildungsstätte Anne Frank angesiedelten Beratungsstelle response. Diese Einschätzung werde auch durch den am Donnerstag vorgestellten Verfassungsschutzbericht bestätigt: Die Behörden registrierten 2018 eine Zunahme der Tatverdächtigen aus dem rechtsextremen Spektrum um 5 Prozent, eine gewaltige Steigerung der Teilnehmer*innen an rechtsextremistischen Kundgebungen und Demonstrationen rund um die rassistischen Ausschreitungen in Chemnitz sowie eine hohe Gewalt-, Waffen- und Sprengstoffaffinität der Szene.

„**Wir beobachten schon seit einigen Jahren ein zunehmend selbstbewusstes Auftreten und Aufrüsten der rechten Szene in Hessen**“, sagt Sarma. 2018 hat response zum Beispiel mehrere mutmaßlich rechtsmotivierte **Brandanschläge** auf linke Wohnprojekte, eine **Würgeattacke** auf einen Gewerkschafter in Hanau, einen **rassistischen Angriff von Neonazis** in einer Straßenbahn in Kassel, sowie **Hass- und Drohbriefe** gegen Organisator*innen einer NSU-Ausstellung in Nidda gezählt. Allein im laufenden Jahr haben 65 betroffene Personen response aufgesucht, und es wurden weitere 20 Fälle von rechten Bedrohungen, Anfeindungen bis hin zu Angriffen für Hessen registriert – darunter die Morddrohungen gegen die Frankfurter Anwältin Seda Başay-Yıldız. Allerdings machten Betroffene die Erfahrung, dass extrem rechte Akteur*innen in Hessen, ihr Mobilisierungspotenzial und ihre Gewaltbereitschaft immer wieder unterschätzt und verharmlost werden.

Nach dem Mord an dem CDU-Politiker Lübcke sei das Sicherheitsgefühl gefährdeter Personengruppen in Hessen – Schwarze Menschen und Personen of Color, Jüdinnen und Juden, Migrant*innen, Linke, Flüchtlingshelfer*innen, Lokalpolitiker*innen – zusätzlich erschüttert, so Sarma: „**Politik und Behörden müssen im Fall Lübcke jetzt alles daran setzen, mögliche Netzwerke zu ermitteln. Das heißt natürlich auch, die Selbstinszenierung von E. als Einzeltäter zu hinterfragen – da nehmen wir den Generalbundesanwalt beim Wort.**“ Dieser hatte am Mittwoch zugesichert, dass Gegenstand der Ermittlungen sein werde, ob es Unterstützer*innen, Helfer*innen, Mitwisser*innen, Mittäter*innen gegeben haben könnte. Diese Frage sogar in den Fokus der Ermittlungen zu rücken, wäre laut Sarma die nötige Konsequenz aus den Ermittlungsfehlern im Mordfall Halit Yozgat, der 2006 vom Nationalsozialistischen Untergrund in Kassel erschossen wurde. Bis heute ist das Netzwerk des NSU auch in Nordhessen unbehelligt geblieben, daran haben weder die Untersuchungsausschüsse des Bundes- und des Landtags noch der Münchener NSU-Prozess etwas geändert.

„Die mangelnde Aufklärung und das falsche Fazit der Behörden, der NSU habe als isoliertes Trio zehn Morde verübt, waren ein **Freifahrschein für die rechte Szene** – das Ergebnis sehen wir jetzt“, sagt die **Frankfurter Anwältin Seda Başay-Yıldız**, die im Münchener NSU-Prozess die Familie des Mordopfers Emser Şimşek vertreten hat. Sie fordert uneingeschränkte Aktenfreigabe – das betrifft aktuell vor allem einen Bericht zu Neonaziaktivitäten, den der hessische Verfassungsschutz zunächst für 120 Jahre gesperrt

hatte, inzwischen kündigte der hessische Innenminister Beuth eine Kürzung der Sperrfrist auf 30 Jahre an. „Nachdem ein deutscher Politiker ermordet wurde, sprechen wir endlich über Akteneinsicht“, sagt Başay-Yıldız. „Aus Sicht von Minderheiten ist es natürlich auch bitter, dass 9 Opfer mit Migrationshintergrund und 438 Prozesstage nicht den Anlass gegeben haben, eine solche Debatte anzustoßen. Offensichtlich ist uns dies nicht gelungen, weil es sich um migrantische Opfer gehandelt hat.“

Eine weitere Forderung betrifft die sog. **Todeslisten von Rechten**: „Gefährdete Personen müssen von den Behörden informiert werden“, sagt Başay-Yıldız, die seit Monaten mit dem Kürzel „NSU 2.0“ versehene Drohfaxe mit Morddrohungen gegen sie und ihre Tochter erhält. Damit schließt sich die Anwältin der Forderung des Dachverbands der Opferberatungsstellen VGRG an, dem auch die Beratungsstelle response angehört. „Die sogenannte Gefährdetenansprache durch die Polizei, mit der Betroffene umfassend informiert werden können, erfolgt unserer Erfahrung nach nur in seltenen Fällen“, sagt response-Leiterin Sarma. „Viele unserer Beratungsnehmer*innen wünschen sich mehr Informationen seitens der Polizei, um Gefahren besser einschätzen zu können oder Schutzmaßnahmen zu ergreifen.“

Rechte Gewalt in Hessen

Staatlich anerkannte rassistische Morde seit der Wiedervereinigung (nach Zählung der Amadeu Antonio Stiftung)

2006, Kassel: Halit Yozgat wird in seinem Internetcafé vom NSU ermordet.

2014, Limburg: Der Ruander Charles Werobe wird von zwei Männern in einer Unterkunft attackiert und stirbt an den Folgen.

Mindestens fünf Verdachtsfälle mit sieben Todesopfern

1992: Lampertheim: 3-Köpfige Familie aus Sri Lanka stirbt bei einem Brandanschlag auf ihre Flüchtlingsunterkunft

1992, Frankfurt: Shoah-Überlebende Blanka Zmigrod wird von einem schwedischen Neonazi erschossen.

1994, Darmstadt: Aly Bayram wird von seinem Nachbarn erst rassistisch beleidigt und dann erschossen.

1994, Rotenburg / Fulda: Piotr Kania wird nach einer Auseinandersetzung mit Bundeswehrrekruten von einem der Gruppe mit einem Messer tödlich verletzt. Beim Täter findet sich im Spind rechtsextrems Propagandamaterial, gegen ihn wurde bereits im Kontext der rassistischen Krawalle in Rostock Lichtenhagen wegen „schwerem Landfriedensbruch“ ermittelt.

2001, Fulda: die Ladeninhaberin eines Military-Shops Dorit Botts in Fulda (Hessen) wird vom 19-jährigen Rechtsextremisten Frank R. mit 13 Messerstichen in den Oberkörper und das Gesicht getötet.

Chronik rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Hessen

Die Beratungsstelle response in der Bildungsstätte Anne Frank dokumentiert seit 2016 Vorfälle Gezählt werden Angriffe auf die körperliche Unversehrtheit sowie gezielte Sachbeschädigungen oder Bedrohungen, von denen wir erfahren oder die wir recherchieren. Verdachtsfälle werden als solche gekennzeichnet.

response-hessen.de/chronik